

ANTRAG

VORL.NR. 252/10

Antragsteller:
Bündnis 90/Die Grünen

Datum:
20.05.2010

Antrag: Sammelwiderspruch gegen Google Street View
 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.05.2010

Anlagen: Vorformulierter Widerspruch

Antragstext:

Die Bürgerinnen und Bürger werden umfassend über die Eingriffe in die Privatsphäre durch den Internetdienst "Google Street View" aufgeklärt.
Die Bürgerinnen und Bürger werden über die Möglichkeit zum Widerspruch gegen "Google Street View" als Sammelwiderspruch informiert.
Der Sammelwiderspruch wird durch die Stadtverwaltung organisiert.

Begründung:

Google will detaillierte Bilder von Häusern und Straßenzügen ins Netz stellen. Dazu werden in weiten Teilen Deutschlands Straßenansichten für den Internetdienst "Google Street View" mit Kamerafahrzeugen aufgenommen. Anschließend will "Google Street View" die Bilder mit Häusern und Straßenabschnitten im Internet veröffentlichen. Dabei ist "Google Street View" für Internet-Nutzer nur auf den ersten Blick ein kostenloser Service. Denn letztlich zahlen alle Bürgerinnen und Bürger dafür: mit dem Verlust ihrer Privatsphäre, der durch das millionenfache Abbilden von Häusern und Gärten entsteht."

Google hat sich bereit erklärt, Sammelwidersprüche von Städten und Gemeinden mit den Unterschriften der Bürgerinnen und Bürgern zu akzeptieren.
Damit haben verantwortungsvolle Kommunen die Möglichkeit, in Rathäusern vorformulierte Widerspruchslisten auszulegen und gebündelt weiterzuleiten, in die Eigentümer und Mieter von Immobilien ihre Adresse und Unterschrift eintragen können.

Quelle: Homepage des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
<http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Verbraucherschutz/Internet-Telekommunikation/GoogleStreetview.html>

Unterschriften:

Barbara Schüßler

Verteiler:
DI, DII, DIII, 32 (f), 20, BüroOBM, GSGR

Federführung:
FB Sicherheit und Ordnung

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart
Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung	22.06.2010	ÖFFENTLICH